

Änderungsanträge für die Bürgerschaftssitzung am 11.05.2022 zur Haushaltssatzung 2022/2023

Beschlussvorlage 2022/BV/3009 zzgl. 1. Änderung (02-NB)

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen des Senators für Finanzen, Digitalisierung und Ordnung (Kämmereiamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
03	CDU/UFR Chris Günther	Die unter §5 geplante Erhöhung der Grundsteuer B wird ersatzlos gestrichen.	<i>redaktionelle Änderung 10.05.22: Veräußerung von städtischen Grundstücken (durch Ausnahmegenehmigung Grundstücksverwertung: Beschluss Nr. 2018/AN/4078-06 ÄA vom 14.11.2018), insbesondere durch Veräußerung des Grundstückes Best-Western-Hanse-Hotel in Warnemünde</i>	Zur Maßnahme: Zur Deckung des erheblich angestiegenen Beitrages an den Wasser-Boden-Verband ist die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B ab 2023 zwingend erforderlich. Darüber hinaus trägt die Hebesatzerhöhung zur Reduzierung des Defizites der laufenden Verwaltungstätigkeit bei. Zur Deckungsquelle: Ergänzung zur bestehenden Stellungnahme Nr. 2022/BV/3009-10: Die Deckungsquelle ist nicht zulässig, da der 1. Grundbesitz Best-Western-Hotel in der Parkstraße in Warnemünde beim KOE liegt, d.h. der Verkauf würde keine Mehreinzahlungen im Kernhaushalt der HRO verursachen. 2. Verkauf von Grundstücken eine Vermögensveräußerung ist, die im investiven Bereich verbucht wird. Es würde damit nicht zu einer Verbesserung des Ergebnisses in der Verwaltungstätigkeit führen.	-	
04	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Erhöhung Ansatz Zuschüsse im Produkt 33100 für Beratungsleistungen von LSBTI* Ansatz 2022 um 30.000 EUR Ansatz 2023 um 50.000 EUR	Stellenstreichung im TH 50 - 10 30 000 116 (Reservestelle zur Krisenbewältigung)	Zur Maßnahme: „Queere Erwachsene“ sind in höherem Maße von ausgrenzenden Stigmatisierungen betroffen. Eine Diskriminierung von LSBTI*-Personen ist mit Art. 3 des Grundgesetzes nicht vereinbar. Jedoch ist die angegebene Deckungsquelle nicht zulässig. Zur Deckungsquelle: Die Erfahrung zeigt, dass zur Bewältigung von Krisenereignissen wie der Flüchtlingskrise/Corona/Ukraine-Krise unbedingt Stellen zur kurzfristigen Besetzung erforderlich sind, um ohne Belastung der sonstigen Verwaltung auf derartige Szenarien reagieren zu können. Nur mit der dauerhaften Einrichtung eines Reservestellenpools ist gewährleistet, dass Stellen vorhanden sind, sollten erneut Krisensituationen auftreten. Die Besetzung erfolgt nur mit entsprechender Begründung und ggf. nur temporär. Die Stellen sind angesichts der aktuellen Krisensituationen unbedingt im Migrationsamt und im Amt für Jugend, Soziales und Asyl einzurichten. Darüber hinaus wurden die mit der 1. Änderung zum HH-Plan-Entwurf 2022/2023 aufgenommen 20 Reservestellen zur Krisenbewältigung mit einer 100%igen Erstattung der Kosten im Haushaltsplan bis Mitte 2024 berücksichtigt. Die Streichung der Stelle 1030000116 führt somit nicht zur Bereitsstellung von Deckungsmitteln i.S.d. § 31 Abs. 2 KV M-V, sondern führt zu einer Erhöhung des Defizits.	+	
11	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Erhöhung Ansatz 33100 für psychosoziale Beratungen von Geflüchteten/Migrant*innen - nach Möglichkeit für das Psychosoziale Zentrum Rostock Ökohaus Rostock e.V. Ansatz 2023 um 20.000 EUR	Reduzierung Ansatz TH 32 - 12202.54190020 Begrüßungsgeld für Studierende 2023 um 20.000 EUR	Zur Maßnahme: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass für das HHJ 2022 der Integrationsfonds für Projekte mit Zielgruppe der ukrainischen Geflüchteten erheblich aufgestockt wird, um eine gezielte gesellschaftliche und individuelle Integration von Migrant*innen mit besonderen Schwierigkeiten zu ermöglichen. siehe hierzu auch - 2022/DA/3117-01 (SN) Zur Deckungsquelle: Die Deckungsquelle im Antrag ist formell zulässig. Aus fachliche Sicht kann jedoch einer weiteren Reduzierung im Sinne einer uneingeschränkten Erfüllung des Willens der Bürgerschaft nicht zustimmend werden, da bereits mit Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2022/2023 der HH-Ansatz reduziert (angepasst) wurde. Die Deckungsquelle wird in den ÄA 11,14 und 17 verwendet.	+	
12	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Verlagerung Stelle Referent/in Fördermittel von TH 03 zu TH 02 und Zuordnung zu Bereich S4	keine Deckung erforderlich	Zur Maßnahme: Die Referentenstelle "Fördermittel" sollte zentral eingesetzt werden. Hintergrund der aktuell im Stellenplan befindlichen Stelle im TH 03 ist es zum einen die Übersicht über die Gesamtverwaltung zu haben, an welcher Stelle Fördermittel zur Anwendung kommen und jederzeit darüber Auskunft geben werden kann. Zum anderen soll hier verwaltungsübergreifend auf Fördermittelangebote von Land, Bund und EU hingewiesen werden, weshalb die Einordnung nicht in einen Senatsbereich, sondern bei der Verwaltungsleitung erfolgte. siehe hierzu auch Stellungnahme 2022/BV/3009-27	+	

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen des Senators für Finanzen, Digitalisierung und Ordnung (Kämmereiamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
13	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Erhöhung des Zuschusses an die Welt-Musik-Schule "Carl Orff" e.V. für die Personalvergütung und Honorarkräfte Erhöhung Ansatz TH 45 - 28100 2022 um 30.000 EUR 2023 um 50.000 EUR	Streichung der Stelle im TH 50 - 10 30 000 117 (Reservestelle zur Krisenbewältigung)	Zur Maßnahme: Die Maßnahme wurde bereits im Kulturausschuss beraten, jedoch ist die angegebene Deckungsquelle nicht zulässig. Zur Deckungsquelle: Die Erfahrung zeigt, dass zur Bewältigung von Krisenereignissen wie der Flüchtlingskrise/Corona/Ukraine-Krise unbedingt Stellen zur kurzfristigen Besetzung erforderlich sind, um ohne Belastung der sonstigen Verwaltung auf derartige Szenarien reagieren zu können. Nur mit der dauerhaften Einrichtung eines Reservestellenpools ist gewährleistet, dass Stellen vorhanden sind, sollten erneut Krisensituationen auftreten. Die Besetzung erfolgt nur mit entsprechender Begründung und ggf. nur temporär. Die Stellen sind angesichts der aktuellen Krisensituationen unbedingt im Migrationsamt und im Amt für Jugend, Soziales und Asyl einzurichten. Darüber hinaus sind mit der 1. Änderung zum HH-Plan-Entwurf 2022/2023 20 Reservestellen zur Krisenbewältigung mit einer 100%igen Erstattung der Kosten im Haushaltsplan bis Mitte 2024 berücksichtigt worden. Die Streichung der Stelle 1030000117 führt somit nicht zur Bereitstellung von Deckungsmitteln i.S.d. § 31 Abs. 2 KV M-V, sondern führt zu einer Erhöhung des Defizits.	+	
14	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Stärkung der Arbeit des Migrantenrates Erhöhung des Ansatzes im TH 03 - 11112.54190020 2022 um 5.000 EUR 2023 um 5.000 EUR	Reduzierung Ansatz TH 32 - 12202.54190020 Begrüßungsgeld Studierende 2022 um 5.000 EUR 2023 um 5.000 EUR	Zur Deckungsquelle: Die Deckungsquelle im Antrag ist formell zulässig. Aus fachlicher Sicht kann jedoch einer weiteren Reduzierung im Sinne einer uneingeschränkten Erfüllung des Willens der Bürgerschaft nicht zustimmend werden, da bereits mit Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2022/2023 der HH-Ansatz reduziert (angepasst) wurde. Die Deckungsquelle wird in den ÄA 11,14 und 17 verwendet.	+	
15	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Teilnahme an der Initiative Kinderfreundliche Kommune: neue Stelle Kinderbeauftragte/r, 0,5-Stelle ab 2022 ff zusätzliche Sachmittel für die genannte Stelle ab 2022 jeweils 15.000 EUR jährlich	Streichung der Stelle im TH 50 - 10 30 000 118 (Reservestelle zur Krisenbewältigung)	Zur Maßnahme: Die Umsetzung des Vorhabens erfordert die Schaffung zusätzlicher personeller Ressourcen. Es wurde bereits ausgeführt, u.a. in Sitzungen des JHA und gegenüber der Bürgerschaft, dass das Vorhaben ohne eine Personalführung i.H.v. 1,0 VK nicht umgesetzt werden könne. Mit dem ÄA 15 soll aber nur eine 0,5 VZÄ-Stelle bereitgestellt werden, so dass die Aufgabenstellung nicht vollumfänglich abgesichert werden kann. Es wird aus fachlicher Sicht darauf hingewiesen, dass eine ganze Stelle zur Bearbeitung der Thematik notwendig ist. Darüber hinaus wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Kommune neben den 15.000 EUR jährlichen Sachkosten zur Umsetzung des Vorhabens weitere 20.000 EUR jährlich für die Dauer von 5 Jahren entstehen, die an den Kinderfreundliche Kommune e.V. zur fachlichen Begleitung des Vorhabens gezahlt werden müssen. Zur Deckungsquelle: Die Erfahrung zeigt, dass zur Bewältigung von Krisenereignissen wie der Flüchtlingskrise/Corona/Ukraine-Krise unbedingt Stellen zur kurzfristigen Besetzung erforderlich sind, um ohne Belastung der sonstigen Verwaltung auf derartige Szenarien reagieren zu können. Nur mit der dauerhaften Einrichtung eines Reservestellenpools ist gewährleistet, dass Stellen vorhanden sind, sollten erneut Krisensituationen auftreten. Die Besetzung erfolgt nur mit entsprechender Begründung und ggf. nur temporär. Die Stellen sind angesichts der aktuellen Krisensituationen unbedingt im Migrationsamt und im Amt für Jugend, Soziales und Asyl einzurichten. Insofern wird dem ÄA nicht zugestimmt. Darüber hinaus wurden die mit der 1. Änderung zum HH-Plan-Entwurf 2022/2023 aufgenommen 20 Reservestellen zur Krisenbewältigung mit einer 100%igen Erstattung der Kosten im Haushaltsplan bis Mitte 2024 berücksichtigt. Die Streichung der Stelle 1030000118 führt somit nicht zur Bereitstellung von Deckungsmitteln i.S.d. § 31 Abs. 2 KV M-V, sondern führt zu einer Erhöhung des Defizits. Insofern wird dem ÄA nicht zugestimmt.	+	
16	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Erhöhung Ansatz TH 66 - 6654101201304099 Gehwegsanierung 2023 um 500.000 EUR	Erhöhung der Kreditaufnahme 2023 um 500.000 EUR	Zur Maßnahme: Aufgrund von Preissteigerung steigt der Bedarf an finanzieller Ausstattung für die Realisierung geplanter Projekte. Zur Deckungsquelle: Ein erhöhter Kreditbedarf aufgrund zusätzlicher Investitionen belastet den ohnehin defizitären Haushalt durch zusätzliche Zins- und Tilgungsleistungen. Diese sind in der Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften. Die Deckungsquelle muss sich demnach auf die Mehraufwendungen/-auszahlungen für Zins- und Tilgungsleistungen im TH 90 Produkt 61201 beziehen. Der Antrag enthält hierzu keine Angaben. Gem. § 31 Abs. 2 KV M-V ist der Antrag aufgrund fehlender Deckungsquelle unzulässig.	+	

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen des Senators für Finanzen, Digitalisierung und Ordnung (Kämmereiamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
17	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	20-jähriges Jubiläum des CSD stärken Erhöhung Ansatz TH 03 - 11101.54190000 2022 um 5.000€	Reduzierung Ansatz TH 32 - 12202.54190020 Begrüßungsgeld Studierende 2022 um 5.000 EUR	Zur Deckungsquelle: Die Deckungsquelle im Antrag ist formell zulässig. Aus fachliche Sicht kann jedoch einer weiteren Reduzierung im Sinne einer uneingeschränkten Erfüllung des Willens der Bürgerschaft nicht zustimmt werden, da bereits mit Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2022/2023 der HH-Ansatz reduziert (angepasst) wurde. Die Deckungsquelle wird in den ÄA 11,14 und 17 verwendet.	+	
19	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Zusätzliche Mittel für die Anschaffung von Software/Lizenzen für verschiedene Lerntools im TH 40 Erhöhung des Ansatzes 20101.7841000 2022 um 60.000 EUR 2023 um 65.000 EUR	Reduzierung des Ansätze TH 06 - 11404.7857100 (1011404201388899) Ausstattung Beratungsräume 2022 um 45.000 EUR 2023 um 45.000 EUR Einsparung bei der Umsetzung der Neuausstattung Beratungsräume u.a. Konferenztelefonie, Kamera, Wanddisplays sowie Reduzierung des Ansatzes TH 10 - 1011401201700213 Ausstattung HdBU 2022 um 15.000€ 2023 um 20.000€ Streckung auf Folgejahre der Maßnahme Ausstattung des HdBU	Zur Maßnahme: Im Hinblick auf die derzeit am Markt herrschenden Gegebenheiten (Preissteigerungen bei Baumaßnahmen und Beschaffungen, sowie weiterhin bei Dienstleistungen) wird fest damit gerechnet, dass ein weiterer Bedarf zur Erhöhung der Mittel für digitales Lehr- und Unterrichtsmaterial besteht. Da die Preissteigerungen bei den Baumaßnahmen im Medienentwicklungsplan dazu führen, dass keine Fördermittel mehr für Anschaffungen zur Verfügung stehen, muss dieser Anteil durch kommunale Aufwendungen gedeckt werden. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass wir einen Bedarf für zusätzliche Mittel für digitale Lehr- und Unterrichtsmaterialien sehen, eine Umsetzung für möglich halten und daher den Antrag sehr begrüßen. Zur Deckungsquelle: zu Maßnahme 1011404201388899: Die Mittel können zur Deckung genutzt werden. zu Maßnahme 1011401201700213: Die Sanierung des HdBU ist im Wirtschaftsplan KOE auf das Jahr 2023 geschoben, so dass sich auch die Ausstattung verzögert. Damit ist eine Streckung auf Folgejahre möglich.	+	
20	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Externe Beauftragung für die Erstellung eines Kulturentwicklungsplans - im TH 45 2023 um 80.000 EUR	Reduzierung Ansatz TH 10: 1011401202200199 2023 um 80.000€ Ausstattung mit Tischmikrofonen und digateln Türschilder wird in den Gremien als verzichtbar angesehen	Zur Maßnahme: Die Maßnahme wurde bereits im Kulturausschuss beraten, jedoch ist die deckungsquelle unzulässig. Zur Deckungsquelle: Die Deckungsquelle kommt aus dem investiven Bereich des Haushaltsplans. Die hier bezeichnete neue Maßnahme wird in der Verwaltungstätigkeit durchgeführt. Eine Deckung im Ergebnishaushalt wurde nicht benannt. Die Deckungsquelle ist damit i.S.d. § 31 KV M-V unzulässig. Darüber hinaus zur Deckungsquelle: Die vorhandene technische Ausrüstung für Bürgerschaftsaal und Festsaal benötigt einen dringenden Ersatz, um den aktuellen Anforderungen an die Technik gerecht zu werden und kann daher nicht aufgeschoben werden. Allein der Leinwand im Bürgerschaftssaal sieht man den dringenden Handlungsbedarf an. Eine Kürzung der Mittel in der Maßnahme 1011401202200199 um 80.000€ würde dabei insbesondere der eigentlich gewünschten Möglichkeit hybrider Sitzungen entgegenstehen. Dies gilt für den Bürgerschaftssaal aber auch für den Festsaal und mobile Veranstaltungen in der Ratshalle. Die variable Nutzung von Besprechungsräumen einerseits für Veranstaltungen und andererseits für hybride Besprechungen wird ohne entsprechende Investitionen in die technische Ausrüstung nicht möglich sein. Außerdem wäre die neue technische Ausstattung in einem Neubau eines Bürgerschaftssaals weiter nutzbar - die aktuelle Ausstattung nicht. Dem ÄA kann somit nicht zugestimmt werden.	+	

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen des Senators für Finanzen, Digitalisierung und Ordnung (Kämmereiamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
21	LINKE, B90-GRÜNE, SPD	Erhöhung Ansatz Investitionen Baumschutz TH 67 für Bewässerungssysteme Ansatz 2022 um 30.000 EUR Ansatz 2023 um 50.000 EUR	Erhöhung der Kreditaufnahme Ansatz 2022 um 30.000 EUR Ansatz 2023 um 50.000 EUR	Zur Maßnahme: Zur Zeit wird die eine App zur Steuerung der Beregnungsanlagen entwickelt (in Auftrag gegeben). Gleichzeitig soll eine Solaranlage angebracht werden für die Wassertanks und die Beregnungsanlagen. Inwieweit da Folgekosten entstehen kann noch nicht gesagt werden. Die Maßnahme ist grds. umsetzbar bzw. könnte dieses Jahr in Auftrag gegeben werden. Zur Deckungsquelle: Ein erhöhter Kreditbedarf aufgrund zusätzlicher Investitionen belastet den ohnehin defizitären Haushalt durch zusätzliche Zins- und Tilgungsleistungen. Diese sind in der Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften. Die Deckungsquelle muss sich demnach auf die Mehraufwendungen/-auszahlungen für Zins- und Tilgungsleistungen im TH 90 Produkt 61201 beziehen. Der Antrag enthält hierzu keine Angaben. Gem. § 31 Abs. 2 KV M-V ist der Antrag aufgrund fehlender Deckungsquelle unzulässig.	+	
22	LINKE, B90-GRÜNE, SPD, CDU	Erhöhung Ansatz TH 66 - 6654101999900499 Erneuerung und Sanierung der Straßenbeleuchtungen 2022 um 300.000 EUR 2023 um 500.000 EUR	Erhöhung der Kreditaufnahme 2022 um 300.000 EUR 2023 um 500.000 EUR	Zur Maßnahme: Aufgrund von Preissteigerung steigt der Bedarf an finanzieller Ausstattung für die Realisierung geplanter Projekte. Zur Deckungsquelle: Ein erhöhter Kreditbedarf aufgrund zusätzlicher Investitionen belastet den ohnehin defizitären Haushalt durch zusätzliche Zins- und Tilgungsleistungen. Diese sind in der Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften. Die Deckungsquelle muss sich demnach auf die Mehraufwendungen/-auszahlungen für Zins- und Tilgungsleistungen im TH 90 Produkt 61201 beziehen. Der Antrag enthält hierzu keine Angaben. Gem. § 31 Abs. 2 KV M-V ist der Antrag aufgrund fehlender Deckungsquelle unzulässig.	+	
23	B90-Grüne	Erhöhung des Ansatzes im TH 67 für Investitionen für die Aufwertung von öffentlichen Plätzen 2022 um 30.000 EUR 2023 um 50.000 EUR	Erhöhung der Kreditaufnahme 2022 um 30.000 EUR 2023 um 50.000 EUR	Zur Maßnahme: Z.Z. wurden die Blumenkübel für die Lange Straße in Auftrag gegeben bzw. wird im Amt eine Deckung gesucht. Die Begrünung hat beim OB höchste Priorität. Dazu kommt der Brink, der wieder Fußgängerzone werden soll. Die Maßnahme ist grds. umsetzbar bzw. könnte dieses Jahr in Auftrag gegeben werden. Zur Deckungsquelle: Ein erhöhter Kreditbedarf aufgrund zusätzlicher Investitionen belastet den ohnehin defizitären Haushalt durch zusätzliche Zins- und Tilgungsleistungen. Diese sind in der Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften. Die Deckungsquelle muss sich demnach auf die Mehraufwendungen/-auszahlungen für Zins- und Tilgungsleistungen im TH 90 Produkt 61201 beziehen. Der Antrag enthält hierzu keine Angaben. Gem. § 31 Abs. 2 KV M-V ist der Antrag aufgrund fehlender Deckungsquelle unzulässig.	+	
24	LINKE, B90-GRÜNE, SPD, CDU	Modernisierung der Essenseinnahmeräume in Schulen Ansatzserhöhung TH 40 - 4020101202000199 Ansatz 2022 um 60.000 EUR Ansatz 2023 um 120.000 EUR	Reduzierung des Ansatzes TH 10 - 1011401201700213 Ausstattung HdBU 2022 um 60.000 EUR 2023 um 60.000 EUR Streckung auf Folgejahre der Maßnahme Ausstattung des HdBU sowie Reduzierung Ansatz TH 10 - 1011401202200199 Technische Ausstattung Beratungsräume 2023 um 60.000 EUR Ausstattung mit Tischmikrofonen und digateln Türschilder wird in den Gremien als verzichtbar angesehen	Zur Maßnahme: Die Neugestaltung der Schulessensräume erfolgt direkt durch das Schulverwaltungsamt. Die Notwendigkeit höherer Haushaltsansätze ergibt sich aus gestiegenen Planungskosten, Material- und Rohstoffkosten sowie Handwerkerleistungen, so dass wir den Antrag ausdrücklich begrüßen, um die ursprünglich geplanten Räume umsetzen zu können. Eine Umsetzung kann in den beiden Jahren erfolgen. Zur Deckungsquelle: Die Deckung kann nicht vollständig zur Verfügung gestellt werden. zu Maßnahme 1011401201700213 Zwar verzögert sich die Ausstattung des HdBU, da sich die Sanierung laut Wirtschaftsplan des KOE verschiebt (siehe ÄA 19), allerdings kann eine Deckung nur für einen der beiden ÄA diese Deckungsquelle betreffend zur Verfügung gestellt werden. Da in der 1011401202200199 keine Mittel freigegeben werden können, und damit die Deckung ohnehin nicht sichergestellt werden kann, sollte dem ÄA nicht zugestimmt werden. zu Maßnahme 1011401202200199 Die vorhandene technische Ausrüstung für Bürgerschaftsaal und Festsaal benötigt einen dringenden Ersatz, um den aktuellen Anforderungen an die Technik gerecht zu werden und kann nicht aufgeschoben werden, sodass dringend empfohlen wird, der Maßnahme keine Mittel zu entziehen. (nähere Ausführungen: siehe ÄA 20)	+	

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen des Senators für Finanzen, Digitalisierung und Ordnung (Kämmereiamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
26	LINKE, B90-GRÜNE, SPD, CDU	Umstellung Straßenbeleuchtung auf LED - Erhöhung Ansatz 2022 um 120.000 EUR Ansatz 2023 um 300.00 EUR	Erhöhung Erträge Ordnungswidrigkeiten TH 32 Ansatz 2022 um 120.000 EUR Ansatz 2023 um 300.000 EUR	Zur Maßnahme: Aufgrund von Preissteigerung steigt der Bedarf an finanzieller Ausstattung für die Realisierung geplanter Projekte. Zur Deckungsquelle: Eine weitere Erhöhung der Erträge/Einzahlungen aus Ordnungswidrigkeiten ist nicht sichergestellt. Die Ansätze in der bisherigen Entwurfsfassung sind bereits optimistisch angesetzt und stellen für die Fachbereiche eine große Aufgabe dar. Eine weitere Erhöhung der Beträge kann seitens der Verwaltung nicht vertreten werden.	+	